

## Die neue Lokomotivfabrik der Stodawerke.

Ein Protest in der Generalversammlung der  
Wiener Lokomotivfabrik.

In der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Paul Kupelwieser abgehaltenen Generalversammlung der Wiener Lokomotivfabrik wurde der Rechnungsabschluss für 1917 genehmigt und der Antrag auf Verteilung einer Dividende von 100 K. oder 25 Prozent (wie im Vorjahre) angenommen.

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht verties Aktionär Dr. Kolm auf die umlaufenden Gerüchte wegen Errichtung einer neuen bevorzugten Lokomotivfabrik.

Vizepräsident Dr. Reich teilte mit, daß diese Gerüchte auf Wahrheit zu beruhen scheinen, wenn gleich die Details noch immer geheim gehalten werden. Angeblich sollen die ersten 200 Lokomotiven den gegenwärtig bestehenden sechs Lokomotivfabriken, die nächsten 200 Lokomotiven einer von der Stodawerke-A.G. neu zu errichtenden Fabrik vorbehalten, und der Rest etwa hälftig geteilt werden. Ein derartiges Uebersinkommen würde eine so außerordentliche Begünstigung eines einzelnen Industrieunternehmens zum Nachteil aller übrigen bedeuten, daß sein Zustandekommen wohl nur durch außergewöhnliche Einflüsse und mangelhafte Information erklärt werden könnte; nach seiner Ueberzeugung wäre der Abschluß eines solchen Vertrages durchaus unzulässig und außerhalb der Kompetenz des Eisenbahnministeriums gelegen. Die Gesellschaft werde daher nichts unterlassen, um ihren Standpunkt mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen; nötigenfalls werden sie versuchen, an Allerhöchster Stelle eine Verbesserung der durch diesen Vertrag der gesamten Lokomotivindustrie drohenden Lage zu erzielen. Denn sachliche Motive könnten für einen solchen Vertrag nicht angeführt werden: Ein staatliches Bedürfnis nach einer neuen Lokomotivfabrik bestehe nicht, da ja notorischerweise die österreichischen Lokomotivfabriken die ganze Friedenszeit über unter mangelnder Beschäftigung und unter Nichtausnützung ihrer

Leistungsfähigkeit zu leiden hatten. Auch die Forderung, daß die Stodawerke-A.G. billigere Preise erstellen könnte, sei hinfällig; ebensowenig könne durch die Neugründung der Export von Lokomotiven gefördert werden, da — wenn selbst ein solcher Export nach Maßgabe der allgemeinen Verhältnisse möglich sein sollte — auch die bestehenden Lokomotivfabriken bei reichlicherer Beschäftigung für das Inland ohne weiteres exportieren könnten. Gegen müsse darauf verwiesen werden, daß durch den in Rede stehenden Vertrag die legitimen Interessen der bestehenden Fabriken auf das empfindlichste beeinträchtigt und ihre Entwicklung gänzlich unterbunden würde; auch deren Arbeiterschaft wäre auf das schwerste geschädigt und zum Verlassen ihrer Wohnsitz gezwungen. Besonders sei darauf zu verweisen, daß die drei größten und bestgerüsteten Fabriken (Steg, Floridsborjer und Wiener-Neustädter) ihren Sitz im Lande Niederösterreich haben. Die — vielleicht unbewußte — Konsequenz des neuen Vertrages aber wäre, die Lokomotivfabrikation künftighin in Böhmen zu konzentrieren, wodurch die Interessen des Stammlandes Niederösterreich infolge Verlustes der Steuerzuschläge gefährdet würden. Die Gesellschaft hoffe durch Geltendmachung aller dieser Momente noch in letzter Stunde eine Abwendung des der gesamten Lokomotivindustrie drohenden Übels erwirken zu können.

Es sei daran erinnert, daß anlässlich der jüngsten Bilanzierung der Stodawerke-A.G. von der Leitung dieses Unternehmens mitgeteilt wurde, daß es mit einem Kostenaufwande von 11 bis 12 Millionen Kronen in Bilfen unter Ausnützung bestehender Anlagen eine neue Lokomotivfabrik baue, die auf eine jährliche Leistungsfähigkeit von 300 Lokomotiven eingerichtet werden soll. Die jährliche Leistungsfähigkeit der bereits bestehenden österreichischen Lokomotivfabriken betrage 280 Lokomotiven. Die neue Fabrik soll etwa Mitte 1919 in Betrieb kommen.